05, 11, 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günther Maleuda, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Christa Luft, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2905 –

Privatisierung von Wald in Naturschutzgebieten

A. Problem

In der "Verordnung über den Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen" ist das Verfahren sowie den Beirat nach dem Ausgleichsgesetz ("Flächenerwerbsverordnung") zur Umsetzung des "Entschädigungs- und Ausgleichsgesetzes" vom 27. September 1994 sind keine Regelungen enthalten, durch die die Flächen in vorhandenen und geplanten Naturschutzgebieten vom Verkauf ausgeschlossen werden.

B. Lösung

Die in Gemeineigentum befindlichen Flächen, die unter das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz fallen, dürfen nach Auffassung der Antragsteller nicht privatisiert werden.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag – Drucksache 13/2905 – abzulehnen.

Bonn, den 8. Mai 1996

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)

Ulrich Junghanns

Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ulrich Junghanns

1. Beratungsgang

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 89. Sitzung am 29. Februar 1996 den Antrag – Drucksache 13/2905 – beraten und federführend an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Rechtsausschuß hat den Antrag – Drucksache 13/2905 – in seiner Sitzung am 17. April 1996 beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 30. Sitzung am 17. April 1996 beraten und dem federführenden Ausschuß mitgeteilt, daß der Antrag – Drucksache 13/2905 – mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Der federführende Ausschuß hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 8. Mai 1996 beraten.

2. Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, in der "Verordnung über den Erwerb land- und forstwirtschaftlicher Flächen" das Verfahren sowie den

Beirat nach dem Ausgleichsleistungsgesetz (Flächenerwerbsverordnung zur Umsetzung des Entschädigungs- und Ausgleichsgesetzes – GALG – vom 27. September 1994) Regelungen zu treffen, durch die die Flächen in vorhandenen und geplanten Naturschutzgebieten vom Verkauf ausgeschlossen werden.

3. Beratung im Ausschuß

Bei der Beratung der Vorlage in der 43. Sitzung am 8. Mai 1996 des federführenden Ausschusses gingen die Fraktionen übereinstimmend davon aus, daß nach der Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung kein Aussprachebedarf mehr bestehe, da die jeweils unterschiedlichen Bewertungen der Fraktionen und der Gruppe als bekannt vorausgesetzt würden.

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/2905 – wurde durch die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimmen der antragstellenden Gruppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Namens des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wolle der Bundestag beschließen, den Antrag – Drucksache 13/2905 – abzulehnen.

Bonn, den 8. Mai 1996

Ulrich Junghanns

Berichterstatter